

Kommunalwahlprogramm

der CSU München-Süd

2014 – 2020

Inhalte

Vorwort	4
A. Ziele und Forderungen für den Münchner Süden.....	4
I. Stadtplanung, Wohnungsbau und Infrastruktur	4
1. Wohnungsbau ermöglichen und fördern.....	4
2. Preiswert, lebenswert und verträglich bauen: Stadtplanung mit Herz	5
3. Infrastruktur gleichzeitig ausbauen	5
II. Lebendige Stadtviertelzentren schaffen und kultivieren	6
III. Verkehr unideologisch und intelligent steuern: MVV beschleunigen, Autos nicht ausbremsen, Anwohner nicht vergessen!	6
1. Generalverkehrskonzept für den Münchner Süden aufstellen	6
2. Chancen aus dem Tunnelbau nutzen, Ausbau weiter vorantreiben	7
3. Öffentlichen Personennahverkehr sinnvoll ausbauen und beschleunigen, Anreize schaffen.....	7
4. Fußgänger- und Radwege ausbauen	7
5. Verkehre intelligent trennen, anstatt Flächenkonkurrenz zu provozieren	8
6. Keine Tram-Westtangente.....	8
IV. Schutz der Anwohner vor Lärm und Abgasen an den Autobahnen	8
1. A 95 / B2.....	8
2. A 96.....	9
V. In Schulen und damit in die Zukunft unserer Kinder investieren.....	9
VI. Kinderbetreuungsplätze bedarfsgerecht ausbauen	9
VII. Ausreichend Seniorenangebote schaffen - Pflegenotstand bekämpfen.....	10
VIII. Vergünstigten Wohnraum für Mitarbeiter sozialer Berufe schaffen	10
IX. Vereinsleben und bürgerschaftliches Engagement fördern.....	10
X. Bürgerbeteiligung neu denken – ergebnisoffen, ehrlich und fair	11
XI. Städtische Behörden kundenfreundlich aufstellen: Stadtverwaltung der kurzen Wege.....	11

B.	Spezielle Ziele und Forderungen für den Stadtbezirk 7 Sendling-Westpark.....	12
I.	Bessere Gestaltung des Stadtbezirks Sendling-Westpark.....	12
II.	Barrierefreier Zugang zu den U- und S-Bahnhöfen.....	12
III.	Realisierung der Sendlinger S-Bahn-Spange von Laim zum Heimeranplatz.....	13
IV.	Schulen.....	13
1.	Realisierung des Bildungscampus am Westpark.....	13
2.	Ganztagesklassen an unseren Grundschulen.....	14
V.	Parks in Sendling-Westpark pflegen und erhalten.....	14
1.	Der Westpark - ein Bürger- und Kulturpark für alle.....	14
2.	Pflege des Sendlinger Waldes.....	14
3.	Förderung des kulturellen Lebens.....	14
C.	Spezielle Ziele und Forderungen für den Stadtbezirk 19 Thalkirchen - Obersendling -Forstenried - Fürstenried - Solln.....	16
I.	Nachverdichtung mit Maß und Ziel - Lebenswertes Bauen.....	16
II.	Bürgerfreundliche Verkehrsmaßnahmen.....	16
1.	Unsere Forderungen für den Straßenverkehr:.....	16
2.	Maßnahmen für den Öffentlichen Nahverkehr:.....	17
III.	Förderung des kulturellen und sozialen Lebens, lebendige Stadtviertelzentren.....	17
IV.	Schulen.....	17
D.	Spezielle Ziele und Forderungen für den Stadtbezirk 20 Hadern.....	18
I.	Stadtteilarchiv/-museum für Hadern.....	18
II.	U-Bahn-Verlängerung nach Martinsried.....	18
III.	Klinikum Großhadern.....	18
IV.	Bauen und Wohnen.....	18
V.	Schulen und Kinderbetreuungsplätze.....	18

Vorwort

In diesem Wahlprogramm hat die CSU München Süd ihre kommunalpolitischen Ziele und Forderungen zusammengestellt. Der **erste Teil** enthält die **Ziele und Forderungen**, die für den gesamten Münchner Süden gelten. In **den weiteren Teilen** werden die jeweiligen Besonderheiten für die Stadtbezirke 7 Sendling-Westpark, 19 Thalkirchen - Obersendling - Forstenried - Fürstenried - Solln und 20 Hadern dargestellt. Ein Teil dieses Programms befasst sich mit neuen Entwicklungen, ein anderer Teil besteht aus Forderungen, die wir schon seit Jahren, teilweise seit Jahrzehnten vertreten, aber politisch noch nicht gegen die rot-grüne Mehrheit im Münchner Stadtrat durchsetzen konnten.

A. Ziele und Forderungen für den Münchner Süden

I. Stadtplanung, Wohnungsbau und Infrastruktur

München wird in den nächsten Jahren ein Wachstum erleben, wie kaum eine andere Großstadt in Deutschland. Die Stadtbezirke im Münchner Süden wiederum gehören dabei zu denen, die in der gesamten Stadt am stärksten wachsen werden – der Zuzug wird hier in den nächsten Jahren größenordnungsmäßig etwa die Einwohnerzahl von Erding erreichen.

Dieses Wachstum kann genutzt werden, um den Münchner Süden lebenswert weiterzuentwickeln. Stattdessen hat die Stadt in den letzten Jahren auf die Entwicklung nur reagiert und dabei große Fehlentwicklungen zugelassen:

- Die an sich sinnvolle Nachverdichtung wird in ihrem Maß überzogen und überfordert die Eigenart der betroffenen Gebiete.
- Der Wohnungsbau auf freien Flächen wird in Formen und Dimensionen geplant, die weder städtebaulich verträglich, noch von den Wohnbedingungen her zumutbar sind. Gleichzeitig werden für den Wohnungsbau geeignete Flächen städtebaulich „verschenkt“. Die aus der Absiedlung von Gewerbe entstehenden städtebaulichen Chancen werden nicht genutzt bzw. zum Teil gar nicht erkannt. Die mögliche Öffnung von Flächen für den Wohnungsbau wurde „verschlafen“ und dadurch deren städtebaulicher Verfall, bis hin zu einer massiven Ausweitung des Rotlichtgewerbes, indirekt begünstigt.
- Die Architektur ist bei einer Reihe von Neubaugebieten völlig missraten und beeinträchtigt das Stadtbild negativ. Denn die Bebauung auf neuen Arealen besteht leider oft aus gesichtslosen monotonen Riegeln.

1. Wohnungsbau ermöglichen und fördern

Die vorhandenen Flächenreserven im Münchner Süden müssen konsequent für den Wohnungsbau (und die dazugehörige Infrastruktur) erschlossen werden, um die Preisspirale bei den Mieten zu stoppen: Gewerbegebiete bzw. Gewerbeflächen, die nicht mehr als solche genutzt werden bzw. leer stehen oder deren Gewerbenutzungsart sich von störenden hin zu wohnkompatiblen Nutzungsarten

verändert haben, sind konsequent für den Wohnungsbau zu öffnen. Dementsprechend kann und muss auf Flächen wie dem ehemaligen Siemensareal oder dem Gewerbeband Obersendling neuer, lebenswerter Wohnraum geschaffen werden.

Weitere Potentiale lassen sich über das Modell „München plus 2“ der Münchner CSU erschließen, welches für eine verträgliche Nachverdichtung unter Erhalt des gewachsenen Stadtbildes steht.

Genossenschaften, Baugemeinschaften und Erbpacht-Modelle müssen gefördert werden.

Auch durch die Überbauung geeigneter Verkehrsschneisen lassen sich neue Flächen für den Wohnungsbau gewinnen. Dabei ist z. B. an die ca. 2,5 km lange Trasse der Bundesautobahn A96 München-Lindau zu denken, die dringend eingehaust werden muss.

Die zuständigen Behörden der Stadtverwaltung brauchen dafür zusätzliche Mitarbeiter, einen Abbau von überflüssigen Bauvorschriften und die Beschleunigung von Verfahren. Dabei sind alle Bauverfahren transparent zu gestalten und die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig und qualifiziert zu beteiligen.

2. Preiswert, lebenswert und verträglich bauen: Stadtplanung mit Herz

Ein qualitätsvolles städtebauliches Wachstum kann nur mit einer aktiven, frühzeitigen und nachhaltigen Stadtplanung gelingen, die wesentlich stärker als bisher auf eine ausgewogene Stadtstruktur sowie den Erhalt und die Pflege des gewachsenen Stadtbilds und des Charakters der Stadtviertel Wert legt.

Wenn für den Wohnungsbau geeignete Flächen konsequent erschlossen werden, muss nicht an anderer Stelle städtebaulich überreagiert werden.

Städtebauliche, soziale und infrastrukturelle Aspekte sollten dabei gleichermaßen aufeinander abgestimmt und gewürdigt werden.

Für Neubauten müssen Bebauungsformen gewählt werden, die lebenswerten und v. a. auch bezahlbaren Wohnraum schaffen. Mit anonymen Wohntürmen lässt sich dies nicht erreichen. Der bisherige städtische Planungsgrundsatz „kompakt – urban – grün“ ist durch eine Stadtplanung mit Herz zu ersetzen.

3. Infrastruktur gleichzeitig ausbauen

Zwingende Voraussetzung einer städtebaulichen Expansion ist der Ausbau sowohl der sozialen, als auch der Verkehrs-Infrastruktur. Die Gewährleistung der notwendigen Infrastruktur (soziale Infrastruktur, wie Kinderbetreuungseinrichtungen, Grund- und weiterführende Schulen mit Ganztagsangeboten, Senioren- und Pflegeeinrichtungen sowie die Verkehrsinfrastruktur) – etwa durch eigene städtische Baumaßnahmen, durch die Bereitstellung oder zumindest die Ausweisung von Flächen, durch Standortförderung u. ä. – muss zwingende Voraussetzung für jedwede städtebauliche Expansion sein. Die Stadt sollte dabei die Bauleitplanung im Münchner Süden wesentlich enger und konsequenter mit der Infrastrukturplanung verknüpfen. Wir setzen uns dafür ein, dass die notwendige Infrastruktur gleichzeitig mit den Wohnungen geplant und fertiggestellt wird, und nicht - wenn überhaupt - erst Jahre später.

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung muss für besonders wachstumsintensive Stadtbezirke, wie insbesondere den 19. Stadtbezirk, qualifizierte Infrastrukturuntersuchungen veranlassen, die auch prognostische Aussagen auf der Basis des zu erwartenden Zuzugs und der zu erwartenden städtebaulichen Expansion enthalten.

Aus den Ergebnissen dieser Infrastrukturuntersuchung ist daran anschließend, unter frühzeitiger Beteiligung der Bürger und des Bezirksausschusses, ein Vorschlag für ein „Handlungsprogramm Infrastruktur“ abzuleiten. Das Handlungsprogramm Infrastruktur wird generell sowohl der Bauleitplanung, als auch den bauaufsichtlichen Genehmigungsverfahren zu Grunde gelegt.

Statt weiterer Flickschusterei fordern wir von der Stadt ein schlüssiges Gesamtkonzept für Wohnen, Verkehr, Leben und Arbeiten für unsere Stadtbezirke.

II. Lebendige Stadtviertelzentren schaffen und kultivieren

Gerade bei einer wachsenden Einwohnerzahl steigt auch der Bedarf an öffentlichen Plätzen und Freiflächen mit hoher Aufenthaltsqualität. Die Plätze im Münchner Süden müssen deshalb als attraktive Stadtviertelzentren mit hoher Aufenthaltsqualität gestaltet werden. Wichtig ist, dass sie eine gute Mischung aus wohnortnahe Läden und Angeboten für den täglichen Bedarf bieten ebenso wie medizinische Versorgung und Cafés oder Gastwirtschaften. Das gilt umso mehr für die Neubaugebiete. Hier müssen von Anfang an Vierteltreffpunkte und neue Plätze mit eingeplant werden. Denn wir wollen lebendige und lebenswerte neue Stadtviertel fördern und reine Schlafstädte verhindern.

Außerdem ist darauf zu achten, dass im Münchner Süden mehr Kultur- und Freizeitangebote entstehen wie Ausstellungsmöglichkeiten, ein Kino, eine Spielstätte für Kleinkunst, Musik oder Theater.

Die Spielplätze im Stadtviertel müssen immer wieder den Bedürfnissen angepasst werden. Außerdem sind zeitnah weitere Sport- und Freizeitmöglichkeiten für ältere Kinder und Jugendliche zu schaffen. Das gilt ganz besonders in Neubaugebieten - und zwar rechtzeitig zum Bezug der Wohnungen.

III. Verkehr unideologisch und intelligent steuern:

MVV beschleunigen, Autos nicht ausbremsen, Anwohner nicht vergessen!

Der Münchner Süden ist durch das hohe Verkehrsaufkommen schon heute stark belastet. Durch den Münchner Süden führen wichtige Strecken für den überörtlichen Durchgangsverkehr. Durch den zu erwartenden Zuzug wird der Verkehr weiter enorm ansteigen. Das gilt für den Autoverkehr ebenso wie für den öffentlichen Nahverkehr.

1. Generalverkehrskonzept für den Münchner Süden aufstellen

Um den drohenden Verkehrsinfarkt zu vermeiden, brauchen wir schnellstens ein Gesamtkonzept für den Verkehr im Münchner Süden. Im Vordergrund muss dabei die Lenkung des Verkehrs über leistungsfähige Verkehrswege (wie die A95, die A96 oder den Mittleren Ring) stehen. Ziel ist die Vermeidung des Durchgangsverkehrs durch

untergeordnete Straßen der Wohnviertel – ebenso wie eine dieser lokalen Zwecksetzung angemessene straßenrechtliche Klassifikation. In diesem Zusammenhang sind alle notwendigen Schritte für die Rückstufung der Stäblistraße und Lochhamer Straße von der Staats- zur Ortsstraße zu ergreifen.

In die Erstellung des bereits seit Monaten überfälligen Generalverkehrskonzeptes sind die Bürgerinitiativen ebenso wie die einzelnen betroffenen Bürger von Anfang an einzubeziehen.

2. Chancen aus dem Tunnelbau nutzen, Ausbau weiter vorantreiben

Mehr als 30 Jahre lang hat die CSU im Münchner Süden zusammen mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern für die Untertunnelung des Mittleren Ringes am Luise-Kiesselbach-Platz gekämpft. Mit dem Bürgerentscheid im Jahr 1996, der auf Initiative der CSU erfolgte, haben sich die Münchnerinnen und Münchner dieser Forderung angeschlossen. In der zweiten Jahreshälfte 2015 – fast 40 Jahre nach den ersten Anträgen – ist nun endlich die Freigabe für den Verkehr zu erwarten. Die Planung zur Gestaltung der Oberflächen muss jetzt schnellstens – unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger – beginnen.

Die Planung für die Untertunnelung des Mittleren Ringes auf dem Streckenabschnitt Brudermühlstraße - Tegernseer Landstraße ist zügig zum Abschluss zu führen und so zu gestalten, dass eine weitere Entlastungswirkung für die vorgelagerten Streckenabschnitte erreicht wird.

3. Öffentlichen Personennahverkehr sinnvoll ausbauen und beschleunigen, Anreize schaffen

Schon heute sind die U-Bahnen häufig überfüllt. Buslinien in der Peripherie fehlen oder fahren zu selten. So lässt sich die Attraktivität des ÖPNV nicht steigern. Die Folge: Schleichwegverkehr belastet weiterhin die Wohngebiete und der Parkraum wird immer knapper.

Um Pendler zum Umsteigen auf den MVV zu motivieren und damit den Autoverkehr zu verringern brauchen wir zusätzliche Linienangebote, Linienausbauten und Taktverbesserungen bei den U-Bahnen und den Bussen.

Eine Verlängerung der U3, mindestens bis nach Neuried, ist ein Schritt dazu. Auch die Takte der U-Bahnlinien U3 und U6 müssen in beide Richtungen verdichtet werden.

Auch die Park & Ride Möglichkeiten im Münchner Süden müssen weiter verbessert und ausgebaut werden.

4. Fußgänger- und Radwege ausbauen

Das bestehende Geh- und Radwegnetz muss dringend erweitert werden und die bestehenden Lücken geschlossen werden. Wir lehnen die weitere Verlagerung von Radwegen direkt auf die Straße ab, vielmehr sind eigene gut erkennbare Fahrradwege die bessere Alternative.

5. Verkehre intelligent trennen, anstatt Flächenkonkurrenz zu provozieren

Jede Verkehrsart braucht ihren Raum. Wo immer es machbar ist, müssen die Verkehre getrennt werden: Der Radverkehr braucht eigene Wege, damit Radfahren attraktiver und sicherer wird. Tramlinien brauchen eigene Strecken ohne Flächenkonkurrenz zum (fahrenden und ruhenden) Autoverkehr – und v. a. auch nicht auf Kosten wichtiger Querungsmöglichkeiten. Schließlich lässt sich der Autoverkehr nicht dadurch reduzieren, dass durch Flächenkonkurrenz mit anderen Verkehrsarten Chaos geschaffen wird.

6. Keine Tram-Westtangente

Die CSU ist nicht grundsätzlich gegen Trambahnen. In vielen Bereichen ist die Straßenbahn eine wichtige und von vielen geschätzte Säule des ÖPNV.

Eine neue Tram-Trasse in der Mitte der Fürstenrieder Straße halten wir dagegen nicht für die geeignete Lösung. Wir sehen gegenüber den bewährten Buslinien in der Fürstenrieder Straße keinen Zusatznutzen. Vielmehr würden neue Sicherheitsprobleme beim Be- und Entsteigen einer Tram in der Mitte der Straße entstehen. Zudem befürchten wir an den neuralgischen Punkten wie den Kreuzungen in der Fürstenrieder Straße und beim Linksabbiegen auf der Strecke Staus, da links wie rechts Fahrspuren verloren gehen und dadurch oft nur noch eine durchgehende Geradeausspur verbleiben würde. Der Raum für alle Verkehrsteilnehmer bleibt schließlich gleich, der Kfz-Verkehr wird aber nach allen Prognosen nicht abnehmen, sondern bei nahezu 50.000 Kfz pro Tag bleiben. Auch die Bäume auf den Grünstreifen in der Straßenmitte müssten abgeholzt werden.

Moderne Buszüge mit Anhängern im 5-Minuten-Takt sind in der Lage, das künftige Fahrgastaufkommen flexibel, wirtschaftlich und umweltverträglich zu befördern. Es muss kein dreistelliger Millionenbetrag für eine neue Tram-Trasse ausgegeben werden, wenn Busse ohne neue Staus zu produzieren nach wie vor ein attraktives ÖPNV-Angebot bieten können! Das Geld kann anderweitig weit sinnvoller verwendet werden.

IV. Schutz der Anwohner vor Lärm und Abgasen an den Autobahnen

1. A 95 / B2

Die CSU im Münchner Süden setzt sich nachdrücklich für eine Verbesserung des Lärmschutzes an der Autobahn München-Garmisch (A 95) mit mehreren wirksamen Maßnahmen ein.

Ein erster Schritt soll spätestens nach Fertigstellung des Tunnelbauwerkes am Luise-Kiesselbach-Platz erfolgen: mit dem Aufbringen eines „Flüsterasphalts“ auf dem noch fehlenden, ca. 400 m langen Straßenzug vor der Tunneleinfahrt.

Weitere Schritte müssen die Beibehaltung der Geschwindigkeitsbeschränkung auf 60 km/h und letztlich wirksame Lärmschutzmaßnahmen sein, wie diese seit vielen Jahren von den Bürgern gefordert werden (Lärmschutzwände, Wälle, entsprechende Bepflanzung).

2. A 96

Die CSU setzt sich für eine Einhausung der A 96 ein – sowohl aus Gründen des Schutzes der Anwohner vor Lärm und Abgasen, wie auch aus städtebaulichen und stadtgestalterischen Gründen. Die Machbarkeitsstudie muss zügig abgeschlossen werden.

V. In Schulen und damit in die Zukunft unserer Kinder investieren

Im Münchner Süden herrscht bei den Schulgebäuden akuter Sanierungsstau und große Raumnot. Dafür ist als Sachaufwandsträger die Stadt München verantwortlich. Die Grundlage ist die gesetzliche Aufgabenteilung zwischen den Kommunen und dem Freistaat Bayern. Danach sind die Kommunen für den Bau, die Erweiterung und die Sanierung der Gebäude, sowohl der städtischen als auch der staatlichen Schulen zuständig. In die Schulgebäude ist jedoch in den letzten Jahren viel zu wenig Geld investiert worden – mit der Folge, dass Schüler und Lehrer im Münchner Süden heute sanierungsbedürftige Schultoiletten, erheblichen Platz- und Raumangel oder zu laute Räume vorfinden.

Das Angebot an Schulen und Klassenräumen reicht schon jetzt ebenso wenig aus wie die Ganztagsangebote. Laut einer Prognose der Stadt München, wonach die Zahl der Gymnasiasten bis zum Jahr 2030 um rund 7.000, die Zahl der Realschüler um rund 2.000 und die Zahl der Grundschüler um 6.000 steigen wird, ist die Schaffung zusätzlicher Räume und Schulen gerade im Münchner Süden unumgänglich. Der Münchner Süden benötigt zusätzlich Gymnasien und Realschulplätze sowie an allen Schulen ausreichende Ganztagsangebote. Wir unterstützen daher mit Nachdruck u. a. die Initiative für den „Bildungscampus am Westpark“ und den Neubau eines Gymnasiums am Ratzingerplatz.

Die Schulen müssen einer akustischen Sanierung unterzogen werden, um die Lärmbelastung für Lehrer und Schüler zu reduzieren und für alle Beteiligten eine angenehme Lernatmosphäre zu schaffen. Die Schulen im Stadtbezirk sind technisch und finanziell besser auszustatten.

Insgesamt muss in der Stadtpolitik Bildung dringend einen höheren Stellenwert erhalten. Die Münchner CSU möchte nach der Kommunalwahl die Bildung zu einem ihrer Schwerpunkte machen. Dazu gehören für uns eine Ganztagesoffensive und eine Schulbauoffensive.

VI. Kinderbetreuungsplätze bedarfsgerecht ausbauen

Die Kinderbetreuungsplätze sind im Münchner Süden immer noch nicht ausreichend. Noch immer gleicht es einer Lotterie, ob eine Familie einen günstig gelegenen Krippen-, Kindergarten- oder Hortplatz bekommt. Der große Zuzug, insbesondere von Familien in den Münchner Süden wird diese Nachfrage noch weiter erhöhen.

Deshalb sind kurz- und mittelfristige Maßnahmen dringend erforderlich. Ergänzend zu Baumaßnahmen bedarf es mehr qualifizierten Erziehungspersonals. Begleitend für die Kleinen bis 3 Jahre muss daher beispielsweise die Gewinnung und Ausbildung von

qualifizierten Tagesmüttern gefördert werden. Dabei sind alle Kräfte zu bündeln und die Freien Träger und Elterninitiativen mit einzubeziehen.

Neben Ganztagschulen werden auch ausreichende Horte, Tagesheime und Mittagsbetreuungen benötigt. Es soll eine Vielfalt an Angeboten geben - die Vielfalt macht es Familien einfacher, das Angebot zu finden, das sie benötigt. Die individuelle Entscheidungsfreiheit wird die CSU auch zukünftig erhalten. Niemand darf bevormundet werden.

VII. Ausreichend Seniorenangebote schaffen - Pflegenotstand bekämpfen

Die steigende Lebenserwartung der Bevölkerung wird in den kommenden Jahrzehnten eine der zentralen Herausforderungen der Gesellschaft und der Kommunen sein. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird deutlich ansteigen. Schätzungen gehen von einer Zunahme um 30 % in den nächsten zehn Jahren aus. Dafür wollen wir heute handeln und die Angebote für Senioren bedarfsgerecht weiterentwickeln!

Der Münchner Süden braucht ein wachsendes Angebot an Alten- und Pflegeeinrichtungen, Mehrgenerationenhäusern, aber auch an Betreutem Wohnen in kleineren Einheiten sowie ein Netz qualifizierter ambulanter Dienste und sozialen Dienstleistungen, damit ältere Menschen möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung leben können.

VIII. Vergünstigten Wohnraum für Mitarbeiter sozialer Berufe schaffen

In der Kinderbetreuung, in der Seniorenarbeit und in der Pflege gehört die Gewinnung von ausreichend qualifiziertem Pflegepersonal zu den größten Herausforderungen für die Stadt München – genau wie in vielen anderen Sozialberufen.

Die Stadt muss hier helfen, indem sie die Schaffung von vergünstigtem Wohnraum für Angehörige sozialer Berufe fördert.

IX. Vereinsleben und bürgerschaftliches Engagement fördern

Wir wollen das rege Vereinsleben im Münchner Süden erhalten und fördern. Die Vereine leisten einen wichtigen Beitrag für die Lebensqualität und das gemeinschaftliche Zusammenleben.

Eine Vielzahl von Vereinen, sei es Traditionsvereine oder Kulturvereine suchen passende Räumlichkeiten. Schon längst hätte die Stadt mehr für die Unterbringung der Vereine tun müssen. Auch bei öffentlichen Veranstaltungen wie beispielsweise Festen oder Maibaumaufstellungen ist ein größeres Entgegenkommen der Verwaltung notwendig. Wir wollen eine Reduzierung der derzeit sehr hohen Auflagen und des vermeidbaren bürokratischen Aufwandes. Nur so kann den Vereinen die Durchführung von traditionellen Festen und Veranstaltungen weiterhin ermöglicht werden.

Auch die zahlreichen Sportvereine bedürfen der Unterstützung. Besonders mit ihrer Kinder- und Jugendarbeit leisten sie einen wertvollen Beitrag für die Persönlichkeitsbildung und soziale Integration unserer jüngeren Bürgerinnen und Bürger, aber auch von Migranten. Gerade die Sportvereine leiden unter den Gebühren

für die Benutzung städtischer Hallen und Sportstätten. Diese Gebühren müssen deshalb gesenkt werden. Außerdem müssen die Sportstätten ebenso wie die Schulen dringend saniert werden, denn viele Hallen sind in einem schlechten Zustand.

Bewohner-, Nachbarschaftstreffs und Familienzentren sollen in den Vierteln ausreichend zur Verfügung stehen und bei Neubaugebieten zeitnah mit dem Zuwachs fertiggestellt werden.

X. Bürgerbeteiligung neu denken – ergebnisoffen, ehrlich und fair

Angesichts der großen Veränderungen, denen der Münchner Süden gegenüber steht, müssen die Weichen für die nächsten Jahrzehnte jetzt richtig gestellt werden. Das geht jedoch nur, wenn darüber ein sachlicher Dialog zwischen Bürgern und der Stadt geführt wird – kontinuierlich und nicht nur alle 4 bis 6 Jahre anlässlich von Wahlen. Sonst droht die Entfremdung der Bürger von Ihrer Stadt. Und das können wir uns in München nicht leisten! Wir müssen in München zu einer neuen Kultur der Bürgerbeteiligung kommen und wollen dabei im Münchner Süden mit gutem Beispiel vorangehen.

Allzu oft wird Bürgerbeteiligung eher als "Beruhigungsspiel" eingesetzt, ohne den echten Willen, das Ergebnis anzunehmen. Zudem sind viele sogenannte Bürgerbeteiligungen allenfalls reine Bürgerinformationen. Das ist möglich, weil verbindliche Standards für die Bürgerbeteiligung fehlen.

Wir wollen daher

- den Dialog zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung beleben,
- über wesentliche Entwicklungen im Münchner Süden ebenso wie über umfangreiche Planungen einen qualifizierten Dialog mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern führen,
- einen Mindeststandard für die Bürgerbeteiligung festschreiben sowie
- geeignete Formen der Beteiligung und deren Anwendungsbereiche definieren.

Mit den Initiativen „Forum 19“ und „Mit-Bürger“ (Näheres unter www.forum19.de und unter www.buergerbeteiligungskultur.de) haben unsere Stadträte beim Thema Bürgerbeteiligung bereits früh eine Vorreiterrolle eingenommen.

XI. Städtische Behörden kundenfreundlich aufstellen: Stadtverwaltung der kurzen Wege

Die Münchner Stadtverwaltung hat hervorragende, qualifizierte Mitarbeiter, die vielfach überdurchschnittlich leistungsbereit sind. Bei der Organisation und den Verwaltungsstrukturen zeigen sich allerdings immer wieder Mängel. Das große persönliche Engagement der Mitarbeiter kann diese Defizite nicht abfangen.

Durch das Fehlen von örtlichen Bürgerbüros in Hadern und Sendling-Westpark ist der Münchner Süden von diesen Mängeln ebenso betroffen, wie von der nach wie vor im Raum stehenden Schließung des Bürgerbüros im Stadtteilzentrum Fürstenried-Ost.

Wir fordern stattdessen eine Stadtverwaltung der kurzen Wege: Die Anzahl der Bürgerbüros muss erhöht und dahingehend ausgebaut werden, dass mittelfristig zumindest ein Bürgerbüro für je zwei Stadtbezirke vor Ort zur Verfügung steht – also auch für Hadern und für Sendling-Westpark. Das Bürgerbüro im Forum Fürstenried muss erhalten und ausgebaut werden.

Wir fordern eine Vernetzung derzeit separater Verwaltungszweige zu umfassenden örtlichen Bürger-Service-Zentren: Dezentral benötigte Einrichtungen wie Sozialbürgerhäuser, Bürgerbüros, Bezirksinspektionen, BA-Geschäftsstellen, Räumlichkeiten des Planungsreferates für die Bürgerbeteiligung (örtliche Plan-Treffs) sollen dabei unter einem Dach zusammengefasst werden.

B. Spezielle Ziele und Forderungen für den Stadtbezirk 7 Sendling-Westpark

I. Bessere Gestaltung des Stadtbezirks Sendling-Westpark

Nach vielen Jahren ist der Partnachplatz mittlerweile mit Bauten und Geschäften für die Nahversorgung arrondiert. Die Albert-Roßhaupter-Straße vom Partnachplatz bis zum Harras wird endlich neu gestaltet. Die Aufenthaltsqualität vor den Geschäften sowie die Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer wird deutlich verbessert.

Nun müssen die Möglichkeiten für eine attraktive Gestaltung des Stadtbezirks genutzt werden, die sich aus der Untertunnelung des Mittleren Ringes ergeben. Das gilt vor allem für einen großzügig gestalteten Luise-Kiesselbach-Platz als Eingang nach München, aber auch für die eine Hochpromenade in der Garmischer Straße sowie für den Heckenstaller Sport- und Freizeitpark über dem Tunnel.

Zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern wird sich die CSU dafür einsetzen, dass die hierfür nötigen Mittel vom Stadtrat bereitgestellt werden.

II. Barrierefreier Zugang zu den U- und S-Bahnhöfen

Die CSU Sendling-Westpark fordert DB, MVG und das Baureferat der Stadt München auf, baldmöglichst einen direkten barrierefreien Zugang von und zur Hansastrasse über den Josef-Rank-Weg zu realisieren.

In einem ersten Schritt sind vom U-/S-Bahnhof-Zwischengeschoß zum Josef-Rank-Weg Rolltreppen einzubauen. Anschließend ist vom U-Bahnhof zum Zwischengeschoß die bereits vorhandene Rolltreppe so schnell als möglich für einen 2-Richtungs-Verkehr auszurüsten.

Ein behindertengerechter Ein- und Ausgang zum Gewerbe- und Wohngebiet in der Hansastr. (ADAC, Fraunhofer-Institut, Firma Obermeyer, diverse Polizeidienststellen sowie mehrere Kinderkrippen und das Sozialbürgerhaus) fehlt.

Der Zugang vom Josef-Rank-Weg wird heute täglich von mehr als 6.000 Personen benutzt; darunter sind viele Behinderte, die in den Betrieben arbeiten. Ein rund 400 bis 500 m langer Umweg über die Garmischer Straße, den Mittleren Ring zur Hansastrasse

ist für Schwerbehinderte und Rollstuhlfahrer, Mütter mit Kleinkindern, aber auch für ältere Personen mit Gehwagen nicht zumutbar.

Außerdem fordert die CSU vom Neubaugebiet am Bauernbräuweg einen barrierefreien Zugang zum S-Bahnhof Mittersendling.

III. Realisierung der Sendlinger S-Bahn-Spange von Laim zum Heimeranplatz

Seit mehr als 10 Jahren fordert die CSU in Sendling-Westpark den Vollausbau der Sendlinger Spange von Pasing über Laim zum Heimeranplatz. Diese wichtige S-Bahn-Linie ist leider seit der Entscheidung zur 2. Stammstrecke von der Tagesordnung verschwunden. Diese attraktive Verbindung vom Westen Münchens zu den Gewerbegebieten im Bereich des Heimeranplatzes mit vielen tausend Arbeitsplätzen ist darüber hinaus geeignet, die U-Bahnlinien 4 und 5 anzubinden, gerade auch bei Störfällen in der Stammstrecke. Die jüngste Entscheidung des Freistaats, die Sendlinger Spange parallel und unabhängig von der 2. Stammstrecke zu realisieren, muss nun rasch aufgegriffen und mit der Planung und dem Bau begonnen werden.

IV. Schulen

1. Realisierung des Bildungscampus am Westpark

Seit geraumer Zeit ist eine Behebung der Raumnot im Erasmus-Grasser-Gymnasium und im Ludwigsgymnasium ebenso dringend notwendig, wie auch eine bessere Vernetzung und Kooperation der Schulen untereinander.

Die CSU unterstützt die Entwicklung eines „Bildungscampus am Westpark“, die auch den Neubau eines Ganztagsgymnasiums auf dem Gelände der ehemaligen Landesgehörlosenschule umfasst.

Die Landeshauptstadt München wird aufgefordert intensive Gespräche mit dem Freistaat Bayern zu führen, um das Gelände der ehemaligen Landesgehörlosenschule erwerben zu können.

Auf dem Gelände der ehemaligen Gehörlosenschule ist die einmalige Chance gegeben, den Neubau eines Ganztagsgymnasiums für etwa 800 Schüler zu errichten. Mit diesem Neubau sowie der Vernetzung und Kooperation mit weiteren Bildungseinrichtungen - wie der Grundschule an der Gilmstraße mit Kindergarten, dem Sonderpädagogischen Förderzentrum am Westpark, dem Studienseminar Albertinum aber auch der in der Nähe des Geländes befindlichen Georg-Büchner-Realschule - kann in bester verkehrlicher Lage ein für München einmaliges Bildungszentrum entstehen. Sozusagen von der Krippe bis zur Hochschulreife und den heute schon bestehenden Verbindungen zu den Universitäten.

Mit dem Neubau ließen sich auch die dringend notwendigen Sanierungen der beiden Gymnasien ohne große Einschränkungen bewerkstelligen. In der Folge könnte Platz nicht nur für die Ganztagsangebote, sondern auch für eine bessere Förderung der MINT-Fächer sowie der musisch- künstlerischen Angebote geschaffen werden. Nicht zuletzt könnten sich die Gymnasien mit dem Neubau der Aufgabe der Inklusion stellen.

2. Ganztagesklassen an unseren Grundschulen

Die Ganztagsangebote sind in Sendling-Westpark Mangelware. Dies gilt für Ganztagesklassen an den Schulen, Horte oder Tagesheime. Die CSU unterstützt jede der Grundschulen, die die Einrichtung von Ganztagesklassen wünscht, und fordert die Landeshauptstadt auf, endlich die dafür notwendigen Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Dazu ist u.a. der lange geforderte, bereits genehmigte, dann aber wieder verworfene Mensa-Bau an der Fernpassstraße zu realisieren.

V. Parks in Sendling-Westpark pflegen und erhalten

1. Der Westpark - ein Bürger- und Kulturpark für alle

Der Westpark muss als Erholungseinrichtung mit seinen vielfältigen kulturellen Angeboten ein offener Bürgerpark für alle bleiben. Einer Wandlung des Parks (auch nicht Teile davon) in einen von Bürgern betreuten Gemüse- und Nutzgarten mit Nutzbäumen- und -Pflanzen, wie jüngst im Stadtrat beantragt, widersprechen wir nachdrücklich.

Wir fordern ausreichende Mittel für die Pflege des Parks. Dabei wird das vorliegende, gut ausgearbeitete Parkpflegeprogramm voll unterstützt. Ziel des in die Zukunft weisenden Programms ist es, den Westpark entsprechend seiner ursprünglichen Idee als Kulturpark zu erhalten.

Durch eine wirksame Parkaufsicht müssen einem ausufernden Grillen und der Vermüllung des Westparks Schranken gesetzt werden.

2. Pflege des Sendlinger Waldes

Wir fordern die Einhaltung der Ordnung im Sendlinger Wald und dessen Pflege. Dazu gehört eine schrittweise und nachhaltige Wandlung des Waldes in einen Mischwald mit dem sinnvollen Erhalt der Fichten als einem Bestandteil dieses Mischwaldes.

VI. Förderung des kulturellen Lebens

Kulturschaffende ebenso wie Vereine benötigen günstige Räumlichkeiten, die im Viertel Mangelware sind. Wir fordern daher für Sendling-Westpark seit langem die Errichtung eines Bürger- und Kulturzentrums.

Die Rudi-Sedlmayer-Halle ist als Audi Dome zu neuem sportlichem Leben erwacht. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Einrichtung lange im Stadtbezirk erhalten bleibt.

Wir werden das „Feierwerk“ weiterhin unterstützen, so dass die von der CSU initiierte „Kranhalle“ von Theater- und Musikgruppen für Veranstaltungen optimal genutzt werden kann.

Im Westpark muss ein vielfältiges Angebot an Theater- und Musikveranstaltungen, Kunstausstellungen und gemeinschaftlichen Begegnungen unter freiem Himmel weiter

sichergestellt werden. Wir wollen aber weder Kommerz noch politische Veranstaltungen im Park und erwarten stets auch eine Umweltverträglichkeit aller Aktivitäten.

C. Spezielle Ziele und Forderungen für den Stadtbezirk 19 Thalkirchen - Obersendling -Forstenried - Fürstenried - Solln

I. Nachverdichtung mit Maß und Ziel - Lebenswertes Bauen

Durch den intensiven Wohnungsbau ist der 19. Stadtbezirk in besonderer Weise betroffen: Allein in den nächsten 3 bis 4 Jahren werden über 10.000 Bewohner hinzukommen. Rund 20 große Wohntürme, die das Gesicht des Stadtbezirks dauerhaft verändern werden, sind in Diskussion bzw. in Planung oder gar schon gebaut.

Deshalb ist das Ziel einer „Stadtplanung mit Herz“ (siehe oben) hier von besonderer Bedeutung.

II. Bürgerfreundliche Verkehrsmaßnahmen

Der Stadtbezirk 19 leidet schon jetzt unter einer hohen Verkehrsbelastung. Der Fahrzeugbestand (derzeit ca. 66.000) steigt in den nächsten Jahren geschätzt um 6.000 Fahrzeuge. Die Verkehrsbewegungen steigen entsprechend. U-Bahnen sind im Berufsverkehr bereits jetzt schon überfüllt. Schleichwegverkehr belasten die Wohngebiete über Maß.

Daher fordern wir vor allem für die in den nächsten Jahren zu erstellenden Wohnprojekte (E.ON, Siemens etc.) rechtzeitig die notwendigen verkehrlichen Infrastrukturmaßnahmen (Parkraum, Buslinien, ÖPNV-Anbindungen von U- und S-Bahn) zu planen und umzusetzen.

1. Unsere Forderungen für den Straßenverkehr:

- Verkehrslenkende Maßnahmen am Neurieder Kreisel sind notwendig, um den Durchgangs- und Schleichverkehr in Fürstenried, Forstenried und Solln zu reduzieren.
- Die Rückstufung der Stäbli-straße und der Lochhamer Straße von der Staatsstraße zur Ortsstraße.
- In Thalkirchen und Fürstenried ist an den U-Bahnhaltestellen ein Parkraummanagement einzurichten, um ausreichend Parkplätze für die Anwohner sicher zu stellen.
- Neue P&R-Plätze oder Anwohnergartengaragen sind zu prüfen, vor allem in Thalkirchen, Obersendling und Fürstenried besteht Bedarf.
- Das Angebot an P&R-Plätzen muss erweitert werden, v.a. in Fürstenried-West reichen die P&R-Plätze schon jetzt nicht aus.
- Die Lücken im Rad- und Fußwegenetz sind zu schließen. So ist z.B. auf der gesamten Wolfratshauser Straße eine durchgängige Radwegverbindung auf beiden Straßenseiten zu schaffen.

2. Maßnahmen für den Öffentlichen Nahverkehr:

- Wir fordern eine Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs, z. B. durch eine höhere Taktfrequenz im Busverkehr (u. a. Linie 134) und bei der U3.
- Für das Gebiet zwischen südlicher Stadtgrenze (Wilhelm-Leibl-Straße) und Herterichstraße ist eine Busverbindung einzurichten, insbesondere soll damit der Sollner Waldfriedhof mit dem ÖPNV erreichbar werden.
- Den Pendlern muss durch den Ausbau und die Verbesserung der Zug- und S-Bahn-Verbindungen der Umstieg vom PKW schmackhaft gemacht werden. Dazu gehört z.B. der Ausbau der Bahnlinie Garmisch-Partenkirchen– München.

III. Förderung des kulturellen und sozialen Lebens, lebendige Stadtviertelzentren

Die Plätze des Stadtviertels (z.B. Schweizer Platz, Ratzingerplatz, Forum Fürstenried Ost) müssen als Begegnungsstätte für alle Bürgerinnen und Bürger attraktiv gestaltet werden.

Bei der Zeppelinhalle am Ratzingerplatz wollen wir prüfen lassen, ob diese für eine kulturelle Nutzung geeignet ist.

Bei der Realisierung der Projekte „Neugestaltung des Ratzingerplatzes“ und „Campus Süd“ muss die Chance genutzt werden, Räume für kulturelle Angebote im Münchner Süden zu schaffen.

Weitere Vereins- und Versammlungsräume müssen in den Planungsgebieten sichergestellt und realisiert werden. Eine turnierfähige Dreifachturnhalle ist für einen Stadtbezirk dieser Größe durchaus angemessen. Der Siemenssportpark muss der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Die Spielplätze im Stadtviertel müssen immer wieder den Bedürfnissen angepasst werden. Insbesondere sind zeitnah weitere Sport- und Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche zu schaffen und nicht erst 10 Jahre nach Einzug in Neubaugebiete. Räume für weitere Nachbarschaftstreffes sind von Anfang an zu integrieren.

IV. Schulen

Die Generalsanierung des Schulzentrums Fürstenried ist zügig zu realisieren. Bis dahin sind ausreichende Räume zur Verfügung zu stellen.

Durch den enormen Zuzug von Familien ist nicht nur die Planung von Grundschulen (bspw. Baierbrunnerstraße und ein Standort in der Nähe des E.ON-Geländes), sondern auch die Planung von weiterführenden Schulen dringend erforderlich. Ein weiteres Gymnasium (bspw. am Ratzinger Platz) ist unverzüglich in Angriff zu nehmen. Es muss auch eine ausreichende Zahl an Realschulplätzen geschaffen werden.

Für die neue Wohnbebauung im Bereich von Isar Süd muss die Grundschule an der Baierbrunnerstraße bis 2016 fertig sein. Weitere Verzögerungen bei der Fertigstellung sind nicht zu akzeptieren. Die weiteren Grundschulen müssen zeitgleich mit Bezug der Neubaugebiete fertiggestellt sein.

D. Spezielle Ziele und Forderungen für den Stadtbezirk 20 Hadern

I. Stadtteilarchiv/-museum für Hadern

Im Stadtteil Hadern leben mehrere Bürger, die ein ansehnliches Archiv an Dias, Fotos, Bildern und Büchern besitzen, die teilweise bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts zurückreichen. Diese wertvollen Unterlagen sollen evtl. mit Unterlagen aus dem Stadtarchiv zusammengefasst werden, um die Geschichte des Stadtteils für seine Bürger lebendig werden zu lassen.

II. U-Bahn-Verlängerung nach Martinsried

Die U6 endet derzeit in einem Wohngebiet mit allen Verkehrszusatzbelastungen durch den P&R-Platz. Durch eine Verlängerung der U6 nach Martinsried und einem P&R-Platz an der neuen Endhaltestelle könnte der Verkehr aus den Würmtalgemeinden erheblich eingedämmt werden. Dies würde gerade zu Stoßzeiten die überlastete Würmtalstraße und die Anwohner erheblich entlasten.

III. Klinikum Großhadern

Das Klinikum Großhadern ist eine der starken Säulen der Spitzenmedizin in München. Im Zuge der Sanierungsdiskussion befürwortet die CSU München-Süd die Variante eines Neubaus. In diese Planungen soll auch eine verkehrliche Erschließung des Geländes des Klinikums Großhadern vom Westen einbezogen werden, um die Kreuzung Würmtalstraße/Sauerbruchstraße zu entlasten.

IV. Bauen und Wohnen

Der Gartenstadtcharakter in einigen Teilen Haderns ist viertelprägend. Doch durch die massive Nachverdichtung ist dieser nun gefährdet. Deshalb muss bei Neubauten darauf geachtet werden, dass nicht immer noch größer und breiter gebaut wird, sondern neue Häuser dem Stadtviertel-Charakter angepasst werden.

V. Schulen und Kinderbetreuungsplätze

In der Blumenau ist ein Neubau für den Kindergarten und auch für die Ganztagsangebote der Grundschule notwendig. Die Grund- und Mittelschule an der Gardinistraße benötigen dringend zusätzliche Räume. Der dortige Kindergarten muss zügig grundlegend saniert werden. Eine notdürftige Reparatur des Daches reicht nicht aus.

In Hadern mangelt es außerdem nach wie vor an ausreichenden Plätzen für die Kinderbetreuung. Hier müssen die geplanten Einrichtungen schnellstmöglich errichtet werden sowie weitere Einrichtungen bedarfsgerecht geschaffen werden.